

Sendesperfrist: 30.08.1999, 11.00 Uhr

**Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Tietmeyer**  
**Präsident der**  
**Deutschen Bundesbank**

**Ansprache**  
**auf dem Festakt**  
**anlässlich des Wechsels**  
**im Amt des Präsidenten der Deutschen Bundesbank**  
**im Palmengarten in Frankfurt am Main**  
**am 30. August 1999**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Im vergangenen Jahr haben wir nicht nur den 50. Geburtstag der D-Mark, sondern auch den 50. Jahrestag der Konstituierung des deutschen Zentralbankrats gefeiert; wie ich meine zu Recht. Denn auch die Bank deutscher Länder und seit 1957 die Deutsche Bundesbank haben die deutsche Nachkriegsgeschichte mitgeschrieben.

Beide Anlässe haben uns auch in Erinnerung gerufen, welches Maß an Vertrauen, Anerkennung und Reputation die Bundesbank im Laufe der Zeit hat gewinnen können. Der Grundstock hierfür wurde bereits in der Bank deutscher Länder und in der jungen Bundesbank gelegt. Dieses Kapital wurde später durch viele überzeugende Entscheidungen gemehrt. Hierfür schulden die heute Verantwortlichen den Vorgängern großen Dank.

Als sich zu Beginn der neunziger Jahre neue Herausforderungen stellten - erst national und dann auch international -, da konnten wir an diese Erfahrungen und an dieses Renommee anknüpfen.

So konnte die Bundesbank die Herausforderungen der deutsch-deutschen Währungsunion nicht nur organisatorisch, sondern auch geldpolitisch letztlich erfolgreich meistern. Dort, wo es im Vereinigungsprozeß Probleme gab und leider teilweise bis heute noch gibt, hatten diese ihre Ursachen jedenfalls weniger in der Geldpolitik als in anderen Politik- und Handlungsbereichen.

Geld- und währungspolitisch waren und sind die neunziger Jahre vor allem geprägt vom Prozeß der monetären Integration in Europa. Dabei gab es seit den sechziger Jahren manche Wirrungen und vielleicht auch gelegentliche Irrungen.

Zu Beginn dieses Jahres hat der monetäre Integrationsprozeß mit dem Eintritt in die Währungsunion seinen bisherigen Höhepunkt erreicht. Entscheidend war - neben der institutionellen Fundierung der supranationalen Geldpolitik durch den Maastricht-Vertrag - insbesondere die zunehmende stabilitätspolitische Konvergenz in Europa.

Seit Jahresbeginn ist die D-Mark - wie die anderen teilnehmenden Währungen - Bestandteil des gemeinsamen Euro. Und die Bundesbank ist Teil des Systems der Europäischen Zentralbanken mit der Europäischen Zentralbank als Spitze.

Die damit verbundene Übertragung der geldpolitischen Verantwortung auf die europäische Ebene bedeutet freilich nicht, daß die nationalen Zentralbanken nicht auch weiterhin in erheblichem Maße mitwirken und Eigenverantwortung tragen. Im Gegenteil!

Anders als gelegentlich dargestellt, sind die nationalen Zentralbanken auch im Euro-System weiterhin verantwortlich für die Umsetzung der Geldpolitik, den Zahlungsverkehr, die Devisenreserven, die Verbindung zu den internationalen Organisationen; aber auch für die Mitarbeit bei der Suche nach konzeptionellen Antworten auf den nie versiegenden Strom neuer Herausforderungen.

Schon bisher hat die Bundesbank in die bisweilen schwierigen Vorbereitungsarbeiten und den Konvergenzprozeß in Europa viel eingebracht - an Stabilitätsorientierung, Erfahrung und auch an internationaler Reputation.

Auch das heutige Mehr an Geldwertstabilität in Europa ist schließlich nicht von alleine gekommen. Gewiß, das internationale Umfeld, der technologische Fortschritt und natürlich auch niedrige Rohstoffpreise haben geholfen. Aber daß wir in Deutschland in den letzten sechs Jahren mit durchschnittlich  $1 \frac{1}{2} \%$  die niedrigste Inflationsrate in der Nachkriegsgeschichte haben und daß der Euro-Raum schon seit geraumer Zeit eine Inflationsrate von deutlich unter  $2 \%$  hat, das hat sicher auch mit der Geldpolitik zu tun. Daß die Bundesbank hierbei eine nicht unwesentliche Rolle gespielt hat, anerkennen inzwischen auch ihre Kritiker.

Diesem Mehr an Stabilität stehen jedoch bei uns und in den meisten anderen Ländern Europas noch eine Reihe ungelöster Probleme gegenüber. Geldwertstabilität ist zwar unerläßlich, aber nicht auch ausreichend für neue Wirtschaftsdynamik und mehr Beschäftigung.

Hier ist mehr gefordert, insbesondere eine wirtschafts-, finanz- und sozialpolitische Rahmenordnung, die längerfristig kalkulierbar ist, Eigenleistung fördert und Innovationsbereitschaft bewirkt. Das muß nicht zu Lasten richtig verstandener sozialer Gerechtigkeit und Solidarität mit den wirtschaftliche Schwachen gehen. Im Gegenteil!

Insbesondere angesichts der fortschreitenden Globalisierung bietet ein dauerhaft stabiler Euro viele neue Chancen, aber natürlich auch neue Herausforderungen.

Der Eintritt in die Währungsunion war und ist ein großer Schritt nach vorn. Der Euro ist jedoch - und ich wiederhole das heute - keine Erlösungsformel für unsere internen wirtschaftlichen und sozialen Probleme.

Die neuen Chancen des Euro können nur genutzt werden, wenn die Euro-Länder sich auch den neuen Herausforderungen stellen - und zwar konsequent und dauerhaft.

Mit dem Schritt in die Währungsunion sind die teilnehmenden Länder - wie es der Zentralbankrat einmal formuliert hat - "auf Gedeih und Verderb" in eine währungsmäßige Risikogemeinschaft eingetreten, und zwar ohne Möglichkeit zur Umkehr.

Für alle Mitgliedstaaten bedeutet das neue und größere Verantwortung, insbesondere für die großen. Nationale Sonderwege der Geldpolitik sind für kein Land mehr gangbar, und eine gegen die Gemeinschaftsregeln verstoßende Finanzpolitik würde allen schaden, und zwar erheblich.

Die neue Risikogemeinschaft fordert vielmehr dauerhafte Solidarität durch eine dauerhaft stabilitätsorientierte nationale Finanz- und Sozialpolitik aller Euro-Länder mit mehr Eigenverantwortung und Innovationskraft.

Zwar ist es seit langem meine Überzeugung, daß die Währungsunion auf Dauer auch eine breiter fundierte politische Einbettung und Flankierung mit einer besseren Abgrenzung der supranationalen Zuständigkeiten sowie handlungsfähigeren institutionellen Strukturen erfordert. Dabei darf jedoch die vorrangige Eigenverantwortung der Länder und die Verpflichtung zur strikten Beachtung der gemeinsamen Regeln für die Finanzdisziplin nicht ausgehöhlt werden.

Strikte Gemeinschaftsdisziplin auf der Grundlage nationaler Eigenverantwortung ist auch ein wichtiger Beitrag Europas für das weltweite Währungs- und Finanzsystem.

Gewiß, das internationale System hat heute noch erhebliche Mängel und Defizite. Bei den unverzichtbaren weiteren Bemühungen sollten jedoch die Erfahrungen und Lehren der Vergangenheit nicht vergessen werden, von den unerläßlichen Vorbedingungen für Wechselkursbindungen bis hin zu den Mindestregeln für Transparenz und Aufsicht über die Finanzinstitute.

Entscheidender Maßstab sollte es sein, die Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte und des Geldwesens weltweit zu erhalten und zu fördern. Das jedenfalls war und ist auch der Ansatz für die künftige Arbeit des von mir vorgeschlagenen und inzwischen in Gang gesetzten internationalen Forums für Finanzmarktstabilität.

Für mich endet heute eine lange Zeit des beruflichen Engagements in der praktischen Wirtschafts- und Währungspolitik, und zwar national wie international.

Ich bin dankbar, daß ich nahezu vierzig Jahre lang in verschiedenen Funktionen und Ämtern mitwirken durfte

- bei der Gestaltung der deutschen Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik,
- beim Auf- und Ausbau der wirtschaftlichen und monetären Integration in Europa sowie
- bei der Eindämmung und Bewältigung von Problemen der internationalen Währungsordnung und an den Finanzmärkten.

Vieles ist in der Wirtschafts- und Währungspolitik in Deutschland, in Europa und weltweit geschehen, seit ich am 1. August 1962 morgens um 7.30 Uhr im Bundesministerium für Wirtschaft - damals noch unter der Leitung von Ludwig Erhard - als "Hilfsreferent" meinen Dienst aufgenommen habe.

An einigem davon war ich mittelbar oder unmittelbar beteiligt. Die Chance zur Mitarbeit an vielen zentralen Themen und auch Weichenstellungen betrachte ich als ein großes Privileg.

Meine ersten Arbeiten befaßten sich mit damals aktuellen Fragen der deutschen Wirtschaftspolitik

- von der (leider nicht hinreichend erfolgreichen) Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand,
- dem - von Konrad Adenauer zunächst abgelehnten, aber von Ludwig Erhard mit parlamentarischer Hilfe durchgesetzten - Gesetz über die Bildung des Sachverständigenrates,
- bis hin zum Konzept für "Sozialen Dialog", aus dem dann später die nur zeitweise erfolgreiche "Konzertierte Aktion" wurde.

Daran schlossen sich später viele Aktivitäten und Beiträge zu anderen Fragen der nationalen, europäischen und internationalen Wirtschafts- und Währungspolitik an.

Ich möchte jetzt bewußt über diese fast vierzig Jahre keine Bilanz ziehen. Das überlasse ich anderen.

Wohl aber möchte ich sehr herzlich Dank sagen all denjenigen, die mir diesen Weg ermöglicht haben:

- Mein erster Dank geht an meine Eltern, die meinen Geschwistern und mir eine Grundorientierung mit auf den Weg gegeben haben, die mich bis heute prägt.
- Dank sagen möchte ich auch allen früheren Ministern und allen Kollegen, mit denen ich im Bundesministerium für Wirtschaft und im Bundesministerium der Finanzen fast 28 Jahre lang in Bonn zusammenarbeiten durfte.



Es ist für mich eine große Freude, daß einige von Ihnen heute hier sind.

- Ein besonderer Dank gilt natürlich all denen, mit denen ich während meiner Zeit bei der Bundesbank zusammenarbeiten durfte. Ich freue mich, daß viele frühere und derzeitige Kollegen sowie Mitarbeiter heute hier sind. Sie alle haben mitgewirkt an der gemeinsamen Aufgabe.
- Besonders dankbar bin ich auch den Kollegen aus anderen Zentralbanken und internationalen Organisationen, von denen viele heute hier sind. Many thanks for an always fair and confidential cooperation.
- Ganz herzlich danken möchte ich allen meinen persönlichen Mitarbeitern, ohne deren Hilfe ich meinen Beitrag nicht hätte leisten können. Nennen möchte ich hier insbesondere Herrn Dr. Bischofberger und Herrn Dr. Amann, aber natürlich auch Frau Habrunner, Frau Mernberger und Frau Modarressi sowie meinem stets zu Späßen aufgelegten Fahrer Herrn Weiß und den für meine persönliche Sicherheit zuständigen Begleitern. Nicht vergessen werden sollte in diesem Zusammenhang auch mein früherer Bonner Fahrer, Herr Neudeck, der mich in einer besonders kritischen Situation durch seine besonnene Reaktion gerettet hat.

Mein letzter und zugleich besonders inniger Dank geht an meine Familie, an meine Kinder und vor allem an meine Frau, ohne deren liebevolle und großzügige Toleranz meine Arbeit unmöglich gewesen wäre.

### III

Jetzt beginnt für mich eine neue Lebensphase, die zugleich eine Entdeckungsreise sein wird.

Ich bin gespannt auf diesen neuen Lebensabschnitt und hoffe, daß mir das Leben nicht nur Jahre geben wird, sondern daß ich den Jahren auch Leben geben kann. Darum werde ich mich - zusammen mit meiner Familie - jedenfalls bemühen.

Ihnen, lieber Herr Welteke, wünsche ich für die neue, interessante, aber auch herausfordernde Aufgabe eine stets glückliche Hand.

Möge es Ihnen gelingen, die bisherige Arbeit der Bundesbank erfolgreich fortzusetzen und die neu auftauchenden Herausforderungen zu bewältigen.

Die Bundesbank sollte auch im neuen Euro-Verbund künftig das sein, was sie bisher war: ein stets verlässlicher, sachkundiger und engagierter Anwalt für dauerhaft stabiles Geld.

Dafür begleiten Sie meine besten Wünsche.

Ernst Welteke

Ansprache aus Anlaß des Wechsels  
im Amt des Präsidenten der Deutschen Bundesbank  
am 30. August 1999  
im Gesellschaftshaus des Palmengartens  
in Frankfurt am Main

Sendesperfrist:  
Montag, 30. August 1999  
11.00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,  
sehr geehrter Herr Bundesfinanzminister,  
lieber Herr Tietmeyer,  
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Für die guten Wünsche und ermutigenden Worte, die meine Vorredner an mich gerichtet haben, danke ich sehr herzlich. Vor allem danke ich der Bundesregierung für das in mich gesetzte Vertrauen und allen, die mit dazu beigetragen haben, daß ich meine bisherigen Aufgaben - offensichtlich zufriedenstellend - erfüllen konnte.

Ihnen, Herr Bundeskanzler, danke ich für die klaren Aussagen über die Stellung der Bundesbank in unserem Land und über ihre Bedeutung für den Prozeß der europäischen Integration. In dieser Zeit des Wandels ist es wesentlich, daß Bundesregierung und Bundesbank in der grundsätzlichen Zielsetzung übereinstimmen. Die Bewahrung der Geldwertstabilität hat darin einen unstrittigen Platz. Preisniveaustabilität ist Voraussetzung für gesundes, langfristiges Wirtschaftswachstum und mehr Beschäftigung. Und da die sozialen Sicherungssysteme künftig von den Bürgerinnen und Bürgern erhöhte Eigenverantwortung verlangen, gewinnen die sozialen Aspekte langfristig stabiler Preise größere Bedeutung denn je.

Die meisten Berührungspunkte zwischen Bundesregierung und Bundesbank bestehen naturgemäß mit dem Finanzministerium. Sie reichen von gemeinsamen internationalen Verpflichtungen, die mich schon in den ersten Wochen meiner Amtszeit fest im Griff haben werden, bis hin zu praktischen Fragen der Vorbereitung des Bargeldaustauschs von D-Mark in Euro in gut zwei Jahren. Ich bin sicher, Herr Bundesfinanzminister, daß unser gutes Verhältnis dem freimütigen Dialog in all diesen Fragen zugute kommen wird.

- 2 -

Es hat mich besonders gefreut, die Urkunde aus Ihren Händen, lieber Herr Eichel, erhalten zu haben. Ich werde nicht vergessen, daß man als Bundesbankpräsident die Nähe zum Bundesfinanzminister nicht übertreiben darf. Wenn ich meine Freude dennoch gerne und ohne zu zögern hier ausdrücke, dann, weil ich weiß, daß die Unabhängigkeit der Notenbank für Sie den gleichen hohen Stellenwert hat wie für mich.

Auch im Rahmen der Europäischen Währungsunion bleibt die Bundesbank die Bank der Banken und damit erster Ansprechpartner für die deutschen Kreditinstitute. Ich danke Ihnen, sehr geehrter Herr Kohlhaussen, für die freundlichen Worte, die Sie im Namen der gesamten Kreditwirtschaft an mich gerichtet haben.

Das partnerschaftliche und loyale Vertrauensverhältnis, das sich im Laufe vieler Jahre zwischen der Bundesbank und den Kreditinstituten entwickelt hat, ist ein hohes Gut. Es ist eine solide Grundlage für die Herausforderungen der Zukunft. Für die Banken geht es darum, die Chancen des einheitlichen europäischen Währungsraumes im Wettbewerb zu nutzen. Sie leisten dadurch einen entscheidenden Beitrag zur Integration der europäischen Finanzmärkte.

Für die Bundesbank hat sich der Spielraum vergrößert, den besonderen Belangen des deutschen Finanzplatzes noch mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Ungeachtet dessen wird sie aber in ihren Beziehungen zum Bankensektor weiterhin strikt auf Wettbewerbsneutralität achten.

Die Bundesbank konnte in der Vergangenheit immer auf die Unterstützung der Banken bauen. Ich bin sicher, daß dies auch künftig so bleiben wird. Ich verspreche Ihnen, daß die Kreditwirtschaft bei mir Verständnis für ihre Probleme finden wird, auch wenn sich nicht alle Wünsche erfüllen lassen.

Damit die Bundesbank ihre Aufgaben im Europäischen System der Zentralbanken erfolgreich erfüllen kann, braucht sie leistungsfähige und motivierte Mitarbeiter. Die Diskussion über die Strukturreform der Bank hat manche verunsichert. Belastend wirkt insbesondere der in der Öffentlichkeit mitunter kolportierte Eindruck, die Bundesbank habe wesentliche Aufgaben verloren und viele ihrer Mitarbeiter seien dadurch überflüssig geworden.

Es ist mir ein besonderes Anliegen, hier zu betonen, daß die Angehörigen der Deutschen Bundesbank ihre Aufgaben engagiert und pflichtbewußt erfüllen. Alle wesentlichen operationalen Aufgaben der Bundesbank sind erhalten geblieben. Die Umsetzung der Europäischen Währungsunion erfordert sogar etliche Mehrarbeit, die bis zum Bargeldaustausch anhalten wird.

Ein Ziel der Strukturreform der Bundesbank ist es, das wichtigste Asset der Bank, die Leistungsstärke ihrer Mitarbeiter, zu erhalten und zu steigern. Lieber Herr Palsbröcker, ich danke Ihnen für Ihre guten Wünsche, die Sie mir im Namen des Hauptpersonalrats ausgesprochen haben. Ich danke Ihnen insbesondere für die Bereitschaft, an der Strukturreform der Bundesbank konstruktiv mitzuarbeiten. Die Personalanpassungen der kommenden Jahre erfordern die vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Beteiligten. Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank stimmt darin überein, daß diese Anpassungen sozialverträglich gestaltet werden müssen.

Lieber Herr Tietmeyer,

Sie stehen im Mittelpunkt dieser Feierstunde, mit der vor allem Ihre Verdienste im Laufe eines langen und erfolgreichen Berufslebens gewürdigt werden. Sie sind sozusagen Doyen der europäischen Notenbankpräsi-

dentem. Niemand in Deutschland hat vergleichbares Wissen und vergleichbare Erfahrung in internationalen Währungsfragen und genießt auch nur annähernd Ihre Reputation. Ich wünschte mir natürlich, daß sich davon etwas auf mich übertragen ließe.

Sie haben für die Großen der Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik, Ludwig Erhard und Karl Schiller, gearbeitet und von ihnen gelernt. Jetzt haben Sie selbst einen festen Platz in unserer Wirtschafts- und Währungsgeschichte.

Bei Ihrer Amtseinführung im Oktober 1993 haben Sie das Wächteramt der Bundesbank für die D-Mark besonders herausgestellt. Für mich bleibt dies auch künftig eine der vornehmsten Aufgaben der Notenbank, sowohl nach innen als auch in der Europäischen Währungsunion. Sie haben die Wächterrolle gerade in der Vorbereitung der Europäischen Währungsunion sehr ernst genommen. Sichere Voraussetzungen und dauerhafte Grundlagen zu schaffen für eine Währungsunion, die auch in schwierigen Zeiten bestehen kann, war Ihnen ein tiefes Anliegen. Daß die Rolle des Mahners nicht immer populär ist und zudem mißverstanden werden kann, haben auch Sie erfahren. Heute können wir mit Gewißheit sagen, daß das Europäische System der Zentralbanken ohne Ihr Engagement nicht das wäre, was es ist. Dafür schulden wir Ihnen unseren Dank.

Ihre persönlichen Eigenschaften sind Ihnen bei all dem natürlich zugute gekommen. Ich denke an Ihre fachlich fundierte Überzeugungskraft gepaart mit westfälischer Hartnäckigkeit – auch gegen das Wort Sturheit haben Sie nicht viel einzuwenden, wenn es um ökonomische Grundsatzfragen geht. Das Bild von der fest verwurzelten westfälischen Eiche stammt von Ihnen selbst. In der nordhessischen Heimat des Bundesfinanzministers und von mir gibt es ganze Eichenwälder, zum Beispiel im Reinhardswald.

Lieber Herr Tietmeyer,

niemand kann sich recht vorstellen, daß Sie einfach in Ruhestand gehen. Tatsächlich wird schon heftig spekuliert – und die ehrenvollsten Ämter werden genannt. Zumindest ein Buch wird auch erwartet. Wie immer Sie sich entscheiden mögen, wir alle wünschen Ihnen, lieber Herr Tietmeyer, und Ihnen, liebe Frau Tietmeyer, daß Sie jetzt mehr Zeit für private Dinge haben werden.

Meine Damen und Herren,

ich übernehme mein Amt in einer aufregenden und spannenden Zeit. Es gilt, den erfolgreichen Start der Europäischen Währungsunion zu festigen und fortzuentwickeln. Zugleich muß die Bundesbank ihre Organisation den neuen Verhältnissen anpassen.

Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank hat sich am 8. Juli dieses Jahres mit Fragen der künftigen Organisationsstruktur der Bundesbank befaßt und hierzu eine Stellungnahme abgegeben. Sie enthält gemeinsame Prinzipien für eine Reform der Bankleitung, der organisatorischen und administrativen Strukturen sowie zwei Optionen für die Umsetzung. Es ist nun an der Bundesregierung, die Vorschläge für die notwendige Gesetzesänderung auszuarbeiten. Die gesetzgebenden Organe sollten die Optionen sorgfältig prüfen und voreilige Festlegungen vermeiden.

Für mich ist entscheidend, daß die Bundesbank mit ihrer zweiten Neugliederung in diesem Jahrzehnt organisatorische Flexibilität gewinnt: Flexibilität zur Anpassung an die bereits eingetretenen politischen, bankwirtschaftlichen und technischen Umwälzungen, auch mit dem Ziel der Kostenreduzierung und Steigerung der Effizienz. Flexibilität aber auch im Hinblick auf künftige Veränderungen, die wir noch gar nicht übersehen können. Grundsätzlich sind beide Optionen unserer Stellungnahme dafür



offen. Sie stellen im übrigen beide die Präsenz der Bundesbank in der Fläche nicht in Frage.

Die neue Rolle der Bundesbank im Europäischen System der Zentralbanken erfordert neue Strukturen in der Bank, das anspruchsvoller gewordene Umfeld stellt neue Anforderungen an ihren Stil. Zu den am meisten genannten Schlagwörtern der letzten Monate gehört der Begriff "Transparenz". Die Öffentlichkeit will mehr denn je wissen, was die Geldpolitiker bewegt, von welchen Vorstellungen sie sich leiten lassen. Tatsächlich ist es so: An einem Tag wird die Veröffentlichung von Protokollen verlangt und mangelnde Transparenz beklagt, am nächsten Tag ein Stimmengewirr der Notenbanker für die Volatilität der Märkte verantwortlich gemacht und am dritten Tag wird um Vorträge und Interviews gebeten.

Noch weiter und tiefer gehen die Fragen, die die Wissenschaft an uns richtet. Die ersten Monate europäischer Geldpolitik haben bereits gezeigt, daß sich Wissenschaftler – nach Jahren einer gewissen Ruhe, wenn ich das richtig sehe – verstärkt in das aktuelle geldpolitische Geschehen einmischen. Sie verlangen von der Geldpolitik theoretische Fundierung und überzeugende Begründungen ihrer Entscheidungen. Die Frage, wieviel Geheimnis und Überraschung bei der Geldpolitik noch verbleiben dürfen, wird offensichtlich noch diskutiert. Ich jedenfalls will auf ein gewisses Moment der Überraschung nicht von vornherein verzichten.

Ich begrüße die kritische wissenschaftliche Begleitung der Geldpolitik. Eine moderne Notenbank muß sich den Herausforderungen im Wettstreit der wissenschaftlichen Analysen und Meinungen stellen. Der monetären Forschung sowie Fragen der Finanzmärkte und Finanzplätze gebührt darin ein prominenter Platz.

Daneben hat es Tradition, wenn sich die Bundesbank als unabhängige Stimme auch zu Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik äußert. Sie ist besonders dann dazu legitimiert, wenn ihre originäre Aufgabe, Preisstabilität zu sichern, durch Fehlentwicklungen gefährdet werden könnte.

Die Bundesbank nimmt im Europäischen System der Zentralbanken einen wichtigen Platz ein. Die geldpolitische Entscheidungsmacht teilt sie jetzt mit anderen. Die Wertschätzung der Bundesbank und - man darf wohl sagen - ihr Mythos waren eng mit der Erfolgsgeschichte der D-Mark verbunden. Jetzt wird der Ruf der Bank mehr denn je durch ihre Kundenorientierung, die Qualität ihrer Analysen und die Effizienz ihrer Dienstleistungen begründet.

Das Kapital einer Notenbank ist ihre geldpolitische Glaubwürdigkeit. Sie wird am Grad der Geldwertstabilität gemessen, den sie dauerhaft zu sichern vermag. Der Anfang dazu ist in Europa gemacht. Die Staaten der Europäischen Währungsunion haben ein Maß an Preisstabilität erreicht, wie man es vor wenigen Jahren nicht für möglich gehalten hätte. Stabilitätskultur ist nicht mehr allein eine deutsche Tugend – und das ist gut so.

Dennoch bleibt es eine wichtige Aufgabe, für das Ziel der Preisstabilität zu werben: Anhaltend niedrige Preissteigerungsraten begründen die Erwartung niedriger Zinsen und moderater Kosten- und Lohnentwicklungen auch in der Zukunft. Preisstabilität bedeutet für die Unternehmen mehr Planungssicherheit für ihre Investitionen. In diesem Sinne ist Stabilitätspolitik zugleich Wachstums- und Beschäftigungspolitik.

Die Bewährungsproben stehen dem Europäischen Zentralbankrat sicherlich erst noch bevor – nach acht Monaten geldpolitischer Verantwortung kann es nicht anders sein. Ich bin jedoch sehr zuversichtlich, daß der

Europäische Zentralbankrat – auch wenn einmal Zinserhöhungen notwendig werden sollten – frei von politischem Druck allein nach monetären und gesamtwirtschaftlichen Erwägungen für das Eurosystem insgesamt entscheiden wird. Wenn bei erreichter Preisstabilität gesamtwirtschaftliche Aspekte stärker beachtet werden, dann gibt das keine Veranlassung, an der stabilitätspolitischen Festigkeit des Rates zu zweifeln. Ich sehe im EZB-Rat das einzige europäische Gremium, in dem nicht nationale Interessen verhandelt werden, sondern gesamteuropäisch gedacht und gehandelt wird.

Im Blickfeld des Interesses stand in den letzten Monaten der Außenwert des Euro. Die Repräsentanten der europäischen Geldpolitik haben auf das kurzfristige Auf und Ab der Kurse und auf manche vorübergehende Übertreibung gelassen reagiert. Aus heutiger Sicht war dies die angemessene Antwort. Gelassenheit darf aber nicht als Gleichgültigkeit mißverstanden werden. Der Wechselkurs des Euro ist kein Indikator wie jeder andere. Er ist ein Spiegelbild der monetären, realwirtschaftlichen und politischen Entwicklungen oder Fehlentwicklungen in Europa.

Die internationale Wertschätzung unserer neuen Währung muß uns am Herzen liegen, nicht zuletzt mit Blick auf die angestrebte Rolle des Euro als zweite große Weltwährung. Stabilität des Preisniveaus im Innern ist die wichtigste Voraussetzung für Währungsstärke nach außen, freilich nicht die einzige.

Im Bewußtsein der Märkte und Medien sind die Staaten der Europäischen Währungsunion schon nach wenigen Monaten enger zusammengedrückt. Was in einem der Länder geschieht, hat unmittelbare Auswirkungen auf die anderen. Und der Kurs des Euro ist dafür der sichtbarste Indikator. Er erinnert die Staaten an die Solidargemeinschaft, die sie eingegangen

sind. Den großen Volkswirtschaften kommt dabei besondere Verantwortung zu.

Die Gretchen-Frage an den Finanzminister lautet – leicht verfremdet – und über das Goethejahr hinaus: "Nun sag, wie hast du's mit der Haushaltsdisziplin". Der Bundesfinanzminister hat mit seinen Vorschlägen zur Steuerreform und zur Haushaltskonsolidierung wichtige Schritte unternommen. Das Bündnis für Arbeit soll die strukturellen Reformen zur Modernisierung unserer Marktwirtschaft voranbringen. Hier liegt der Schlüssel für eine anhaltende Besserung der Beschäftigungslage und für die nachhaltige Gewährleistung sozialer Sicherheit.

Ich bin fest davon überzeugt, daß die Europäische Währungsunion der richtige Weg ist hin zu einem wirtschaftlich und politisch vereinten Europa. Noch ist die neue Währung für die meisten Bürgerinnen und Bürger eine abstrakte Größe. Mit dem Euro-Bargeld werden sie aber in ihrem täglichen Leben erstmals ein Symbol für das zusammenwachsende Europa in Händen halten.

Auf Dauer kann nur ein vereintes Europa seinen Platz in der Welt behaupten. Auch in anderen Regionen der Welt schließen sich Staaten wirtschaftlich mehr und mehr zusammen. Welche Gestalt Europa einmal haben wird, können wir noch nicht absehen. Unsere Nachbarn im Osten empfinden jedenfalls das starke Verlangen, möglichst bald dazu zu gehören. Die Anbindung ihrer Währungen an den Euro könnte den Weg dazu vorbereiten, wie es ähnlich auch in Westeuropa der Fall war. Die vor uns liegenden Aufgaben in Deutschland, in Europa und im Hinblick auf die Stabilisierung des Weltfinanzsystems sind zahlreich – groß genug sind sie allemal.

An ihrer Lösung mitwirken zu dürfen, ist Ehre und Herausforderung zugleich. Soll es gelingen, benötige ich die Unterstützung, auch die kritische Unterstützung, von Ihnen allen. Darum bitte ich Sie. Ich gehe mit Zuversicht ans Werk. Herzlichen Dank.

**Sendesperrfrist: 30. August 1999, 11 Uhr**

**Dr. Jürgen Stark**

**Vizepräsident der Deutschen Bundesbank**

**Begrüßungsansprache**

**Festakt aus Anlaß des Wechsels im Amt des**

**Präsidenten der Deutschen Bundesbank**

**am 30. August 1999**

**im Frankfurter Palmengarten**

**- Es gilt das gesprochene Wort -**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, meine Herren Ministerpräsidenten, Exzellenzen, meine sehr verehrten Herren Minister, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Deutschen Bundestages und der Länderparlamente, Frau Oberbürgermeisterin, liebe Zentralbankkollegen, verehrte Gäste, meine Damen und Herren.

Zunächst Ihnen allen ein herzliches Willkommen im Palmengarten.

Wir verabschieden heute Hans Tietmeyer aus dem Amt des Präsidenten der Deutschen Bundesbank und wir begrüßen Ernst Welteke, der am 1. September 1999 dieses Amt übernehmen wird.

Ich freue mich über die große Zahl hochrangiger in- und ausländischer Gäste. Sie bringt die Wertschätzung gegenüber den beiden Persönlichkeiten zum Ausdruck, die heute im Rampenlicht stehen. Sie ist auch eine Referenz - die keineswegs vergangenheitsbezogen ist - an die Institution Deutsche Bundesbank.

Angesichts der Vielzahl bedeutender Gäste wird es mir nicht möglich sein, allen namentlich zu begrüßen. Dafür bitte ich um Verständnis.

Ganz besonders heiße ich Sie, Herr Bundeskanzler, willkommen. Wir freuen uns über Ihre Anwesenheit. Wir sind gespannt auf Ihre Rede. Sie haben heute - wie unter Zentralbankern üblich - zwar ein kritisches, insgesamt aber ein eher wohlwollendes und vor allem ermutigendes Auditorium vor sich.

Willkommen heiße ich den Präsidenten des Bundesrates und Ministerpräsidenten des Landes Hessen, Herrn Koch, sowie die Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen und des Landes Rheinland-Pfalz, die Herren Biedenkopf und Beck.

Als Mitglieder der Bundesregierung heiße ich den für die Bundesbank zuständigen Bundesminister der Finanzen, Herrn Eichel, herzlich willkommen. Finanzminister

haben es nie leicht. Neben all den Problemen, die Sie, Herr Minister, bereits zu lösen haben, kommt jetzt auch noch die Neuorganisation der Deutschen Bundesbank hinzu. Auch dies ist keine leichte Aufgabe. Allerdings hat der Zentralbankrat hier bereits wichtige Vorarbeiten geleistet. Wir werden interessiert beobachten, was Sie aus diesen Überlegungen zur Neuorganisation der Bundesbank als Institution des Bundes machen werden. Ebenso darf ich den Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Herrn Müller, und den Bundesminister des Innern, Herrn Schily, herzlich begrüßen, sowie die hier vertretenen Landesminister.

Ich begrüße als Vertreter der Geistlichkeit Herrn Bischof Lehmann und den Präsidenten der Evangelischen Kirche Hessen Nassau, Herrn Steinacker.

Ein Gruß gilt den Vertretern des Diplomatischen Corps.

Willkommen heiße ich die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, an der Spitze die Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, Frau Fuchs und Herrn Solms sowie Präsidenten und Abgeordnete der Länderparlamente. Ein besonderer Gruß gilt heute neun früheren Bundesministern. Seien Sie herzlich im Palmengarten willkommen. Ebenso willkommen heiße ich führende Repräsentanten europäischer Institutionen.

Eine Persönlichkeit, die bei dem heutigen Festakt nicht fehlen darf, ist die Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt. Sehr verehrte Frau Roth, wir freuen uns, daß Sie heute bei uns sind.

Ich begrüße die Vertreter des Kreditgewerbes. Insbesondere heiße ich Herrn Dr. Kohlhaussen willkommen, der nachher für die gesamte Kreditwirtschaft zu uns sprechen wird.



Sehr viele Notenbankgäste sind unter uns. Besonders begrüße ich den Präsidenten der EZB, Herrn Duisenberg, den Gouverneur der Zentralbank Israels, Herrn Frenkel, den Präsidenten der Federal Reserve New York, Herrn McDonough, und den Präsidenten der BIZ, Herrn Bäckström. Es freut uns auch, daß Baron Lamfalussy, der ehemalige Präsident des Europäischen Währungsinstituts, wieder einmal den Weg nach Frankfurt gefunden hat.

Ein Gruß gilt den aktiven und ehemaligen Mitgliedern des Zentralbankrats, allen voran die ehemaligen Bundesbankpräsidenten Pöhl und Schlesinger, und den Vertretern des Personalrats. Herr Palsbröker, als Vorsitzender des Hauptpersonalrats, wird später zu uns sprechen.

Der Wechsel im Amt des Präsidenten einer Zentralbank bedeutet immer eine Zäsur. Diesmal findet der Wechsel unter anderen Bedingungen als in der Vergangenheit statt: Seit 1. Januar 1999 liegt die geldpolitische Entscheidungskompetenz bei der Europäischen Zentralbank. Aber die Bundesbank ist keine Filiale der EZB. Sie ist als integraler Teil des ESZB rechtlich selbständig und sie hat weiterhin eine Vielzahl wichtiger Aufgaben zu erfüllen.

Mit dem heutigen Festakt würdigen wir die zu Ende gehende Ära Tietmeyer und begrüßen den neuen Präsidenten Ernst Welteke.

Hans Tietmeyer war in den letzten sechs Jahren als Vorsitzender des Zentralbankrats ein überzeugender und fairer Moderator. Er hat die Deutsche Bundesbank unter Wahrung des Kollegialprinzips durch seine Persönlichkeit und seine Überzeugungen geprägt.

Herr Tietmeyer, Ihre Amtszeit war wesentlich bestimmt von der Vorbereitung auf den Übergang in die dritte Stufe der Europäischen Währungsunion. Dies war eine fordernde Zeit.

Sie haben die Deutsche Bundesbank in das Europäische System der Zentralbanken hineingeführt. In dieser neuen Realität haben Sie das Selbstverständnis und die Rolle der Bundesbank definiert und der Institution, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch mehr Offenheit nach innen Orientierung und Motivation gegeben.

Hans Tietmeyer war 37 Jahre lang - um seine eigenen Worte zu gebrauchen - „Diener der Gesellschaft“. Ihre philosophischen und wirtschaftsethischen Wurzeln haben Sie, Herr Tietmeyer, in der christlichen Soziallehre und in der Tradition der Kölner und Freiburger Schule. Ihr Wirken ist stets von der Erkenntnis und der Überzeugung geprägt, daß die ökonomischen Gesetze nicht einfach beiseite geschoben werden können, daß aber die Marktwirtschaft eine Ordnung haben muß.

Im Rückblick wirkt es so, als sei Hans Tietmeyer immer der richtige Mann zur richtigen Zeit am richtigen Platz gewesen. Manchen war er zu sehr präsent, wenn nicht physisch, dann als „Idee Tietmeyer“. Diese Kritik an der sogenannten „Idee Tietmeyer“ war aber zu oberflächlich, um wirklich ernst genommen zu werden. Jene Kritiker haben nie die wahren Wurzeln des Denkens und Handelns Hans Tietmeyers verstanden.

Herr Tietmeyer, Sie haben sich national wie international hohe Reputation erarbeitet. Auf allen Ebenen sind Sie für die Schaffung von Glaubwürdigkeit, Vertrauen, damit Stetigkeit und im Ergebnis für Stabilität eingetreten. Die fachliche Expertise und ein sicheres Urteil treffen bei Ihnen zusammen mit dem Mut, bisweilen „Nein“ zu sagen. Streng nach dem konfuzianischen Wort: „Aus Feigheit wächst alles Böse“.

Sie haben Maßstäbe gesetzt. Sie waren und sind für viele im In- und Ausland ein ordnungs- und stabilitätspolitischer Anker.

Wer Sie in den letzten Wochen und Monaten bei Ihrer Arbeit beobachten konnte, mußte sich manchmal fragen: Wo nimmt dieser Mann diese Energie her? Diese Frage können Sie wohl selbst am besten beantworten.

Hans Tietmeyer im Ruhestand? Wer kann sich das vorstellen? Professor Jochimsen hat am Ende der Zentralbankratssitzung am 19. August treffend formuliert: „Ein großer Präsident geht in den Unruhestand“.

Nochmals danke ich im Namen Ihrer Kollegen im Zentralbankrat und im Direktorium für Ihre Leistungen und die gute und faire Zusammenarbeit.

Die Deutsche Bundesbank war als Institution und in ihrem Selbstverständnis nie personengebunden. Und doch waren ihre jeweiligen Präsidenten immer wieder prägend: einem Ziel verpflichtet, aber einem unterschiedlichen Stil folgend.

Herr Welteke, auch Sie werden Ihren eigenen Stil finden. Sie sind in Frankfurt kein Unbekannter. Ihr jetziges Büro trennt Sie von Ihrem künftigen - das Sie bereits kennen - nur um etwa drei Kilometer. Sie bringen einen großen Erfahrungsschatz mit, der Ihnen im Umgang mit Regierungen und Notenbanken von großem Nutzen sein wird. Sie waren Wirtschafts-, anschließend Finanzminister in Hessen und sind seit 1995 Präsident der Landeszentralbank in Hessen - Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank - und in dieser Funktion Mitglied des Zentralbankrats.

Sie stehen vor großen Aufgaben. Sie können bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben auf die volle Solidarität und Unterstützung durch Ihre Kollegen und die Mitarbeiter der Bundesbank bauen. Als Vorsitzender des Zentralbankrats und als Mitglied des Direktoriums bleiben Sie in der kollegialen Verankerung. Als neuen Präsidenten begrüße ich Sie im Namen des Zentralbankrats und des Direktoriums der Deutschen Bundesbank als primus inter pares. Ich wünsche Ihnen allzeit eine gute und glückliche Hand.

Washington D.C., 28. September 1999

**Ansprache des deutschen IWF-Gouverneurs  
Bundesbankpräsident Ernst Welteke  
zur gemeinsamen Jahrestagung  
von IWF und Weltbank**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
sehr geehrte Gouverneure des IWF und der Weltbank,  
sehr geehrter Jim Wolfensohn,  
sehr geehrter Michel Camdessus,

zwei Jahre nach den tiefgreifenden Währungs- und Finanzkrisen in Südostasien und den späteren Finanzkrisen in anderen Regionen können wir heute mit einigem Optimismus in die Zukunft schauen: Die Lage der Weltwirtschaft und ihre mittelfristigen Perspektiven haben sich in den letzten Monaten in nahezu allen Regionen deutlich verbessert.

In vielen Schwellenländern – insbesondere in Südostasien und Lateinamerika – zeigen die Reformen erste Erfolge: die schweren Währungsverwerfungen sind größtenteils überwunden und die wirtschaftliche Erholung hat eingesetzt.

Auch in den Industrieländern hat sich das Konjunkturbild weiter aufgehellt. Alle großen Volkswirtschaften können weiter auf eine erfreuliche Wachstumsentwicklung verweisen oder befinden sich in der Phase der konjunkturellen Erholung.

Dies gilt auch für die Länder, die seit dem 1. Januar dieses Jahres den EURO als gemeinsame Währung eingeführt haben. Der IWF prognostiziert für den Euroraum im Jahr 2000 ein Wachstum von 2,8%. Damit wird sich das Wachstumsgefälle zwischen den Industrieländern vermindern.

Daneben ist mit dem EURO eine Währung entstanden, die schon jetzt die zweitwichtigste Währung der Welt ist. Die Mitgliedsländer des EURO-Raums sind sich der damit einhergehenden Verantwortung bewußt. Die EURO-Länder werden durch Fortsetzung fiskalpolitischer Konsolidierungsprogramme und durch strukturelle Reformen die Voraussetzungen für ein dauerhaftes und kräftiges Wachstum und mehr Beschäftigung schaffen.

Trotz verbesserter globaler Perspektiven bleiben jedoch Risiken. Daher ist es unerläßlich, die notwendigen Reformen weiter voranzubringen. Darüber hinaus gilt es, sich auf mögliche Risiken durch das Jahr 2000 – Problem einzustellen. Der IWF

ist darauf vorbereitet, Mitgliedsländern, die durch das Jahr-2000-Problem in Schwierigkeiten geraten, vorübergehende Finanzhilfen zur Verfügung zu stellen. Es bleibt aber in erster Linie allen Ländern selbst vorbehalten, sich so gründlich und glaubwürdig wie möglich auf den Datumswechsel vorzubereiten.

Die positive Bilanz der letzten Monate darf uns nicht davon abhalten, weiter energisch die Reform der internationalen Finanzstruktur anzugehen. In den vergangenen Monaten ist bereits vieles erreicht worden:

- IWF und Weltbank haben die Transparenz ihrer Geschäftspolitik erweitert und damit den Finanzmärkten bessere Entscheidungshilfen in die Hand gegeben.
- Das neue Financial Stability Forum führt die internationalen Aufsichtsgremien und die Bretton Woods-Institutionen zusammen und eröffnet die Chance, die Früherkennung von Krisen und die globale Zusammenarbeit zu stärken.
- Auch bei der Einbeziehung des Privatsektors in die Krisenvorbeugung und Krisenlösung wurden erste Fortschritte erzielt. Sicherlich können die genauen Modalitäten für die Rolle des Privatsektors im Krisenfall angesichts der vielfältigen vorstellbaren Situationen nur fallweise festgelegt werden. Wichtig dabei ist aber aus deutscher Sicht vor allem, daß die Finanzierungsrolle des offiziellen Sektors von vornherein so begrenzt wird, daß es nicht zu einem „Bailout“ privater Gläubiger kommt.

IWF und Weltbank haben bei der Reform der internationalen Finanzarchitektur sehr gute Arbeit geleistet. Ich begrüße ausdrücklich den Beitrag von Michel Camdessus und Jim Wolfensohn und die Arbeiten der Stäbe der beiden Institutionen. Vieles bleibt allerdings noch zu tun.

Die Chancen der Globalisierung für nachhaltiges Wachstum, Innovation und eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Entwicklung müssen auch von den Menschen in den wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern genutzt werden können. Dazu müssen wir alle gemeinsam die Voraussetzungen schaffen.

Angesichts der fortbestehenden Anfälligkeit vieler der hochverschuldeten armen Länder auf exogene Schocks haben sich Deutschland und andere große Industrieländer für eine Erweiterung der 1996 auf den Weg gebrachten Schuldeninitiative eingesetzt. Die Initiativen des Kölner Gipfels konnten während dieser Jahrestagung zu einem erfolgreichen Abschluß geführt werden.

Die erweiterte Schuldeninitiative stellt bilaterale und multilaterale Geber allerdings vor große Finanzierungsherausforderungen. Viele Industrieländer befinden sich in der Phase der Haushaltskonsolidierung, die auch ihren Bürgern Anpassungen abverlangt.

Dennoch wird Deutschland zum Treuhandfonds der Weltbank beitragen und in erheblichem Maße bilaterale Schulden erlassen. Deutschland wird sich ferner im IWF an der Finanzierung der geänderten konzessionären Fazilität und an der Finanzierung des IWF-Beitrags zur HIPC-Initiative in angemessener Weise beteiligen.

Auch die anderen multilateralen Geber müssen jetzt ihre Anstrengungen verstärken, um die Finanzierung der HIPC-Initiative sicherzustellen. Es gilt insbesondere, die Eigenmittel der Institutionen effizient und im größtmöglichen Umfang zu nutzen.

Der durch Schuldenerleichterungen eröffnete größere Handlungsspielraum wird den Schuldnerländern aber nur dann Vorteile bringen, wenn sie stärker als in der Vergangenheit eine solide Wirtschaftspolitik verfolgen und unproduktive Ausgaben vermeiden.

Die durch die Schuldenerleichterungen freigesetzten Haushaltsmittel müssen im Rahmen einer umfassenden Armutsbekämpfungsstrategie gezielt zur Verbesserung der sozialen Lage genutzt werden. Die Förderung der Gesundheitsversorgung und der Ausbildung beispielsweise sind zentrale Voraussetzungen für eine dauerhafte wirtschaftliche Entwicklung und damit für wirtschaftliche und politische Stabilität.

Wichtig ist aber, daß IWF und Weltbank an diesen Aufgaben im Rahmen ihrer jeweiligen Mandate mitarbeiten. Die Erarbeitung von Armutsbekämpfungsstrategien ist Aufgabe des betreffenden Landes und der Weltbank. Die Weltbank übernimmt die Führung in den sozialen und strukturellen Fragen. Der IWF sollte sich auf die makroökonomischen Fragen beschränken.

Wirtschaftswachstum ohne menschliches Antlitz wird nicht zu nachhaltiger Entwicklung und Überwindung der Armut führen. Genauso werden die Anstrengungen von Weltbank und IWF sowie die der bilateralen und anderer multilateraler Geber erfolglos bleiben, wenn sie nicht durch starke Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer ergänzt werden. Dazu gehören interne politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die den einzelnen motivieren und ihm erlauben, seine Fähigkeiten produktiv einzusetzen. In diesem Zusammenhang sind die Förderung der Transparenz und von „good governance“, unerläßliche Maßnahmen, um den effizienten Einsatz der bilateralen und multilateralen Mittel zu sichern.

Die Bedeutung von „good governance“, zeigt sich nicht zuletzt an den Problemen der Geldwäsche und Korruption. Grundsätzlich müssen in den Empfängerländern selbst alle erforderlichen Maßnahmen getroffen werden, um eine Fehlleitung von Hilfgeldern zu verhindern.

IWF und Weltbank müssen klar abgegrenzte Mandate behalten. Eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Institutionen ist aber unerlässlich. Unerlässlich ist aber auch, daß beide Institutionen die zentralen internationalen Kooperationsforen bleiben. Dies sicherzustellen, ist eine Aufgabe, der wir alle verpflichtet sind.

Washington D.C., September 28, 1999

**Statement by the Hon. Ernst Welteke  
President of the Deutsche Bundesbank and  
Governor of the Fund for Germany,  
at the Joint Annual Discussion**

Mr. Chairman,  
Governors of the IMF and the World Bank,  
Jim Wolfensohn,  
Michel Camdessus,

Two years on from the far-reaching currency and financial crises in south-east Asia and the subsequent financial turmoil in other regions, we are now able to look to the future with some degree of optimism. The past few months have witnessed a considerable improvement in the world economic situation and its medium-term prospects in virtually all regions.

In many emerging economies, especially in south-east Asia and Latin America, reforms are showing the first positive effects: the massive currency distortions have been largely overcome and economic recovery has set in. The economic climate has continued to improve in industrial countries as well. All major economies can note continuing favourable growth trends or are in a recovery phase.

This also holds true for the countries that launched the Euro as their common currency on January 1st of this year. The IMF expects growth of 2.8 percent for the Euro area in the year 2000. This performance will contribute to a more balanced growth among major industrialized countries.

At the same time, the Euro has already become the second most important currency in the world. The countries making up the Euro zone are aware of the responsibility this imposes on them. With the continuation of fiscal policy consolidation and structural reform, the Euro countries will create the conditions to promote sustained, vigorous growth and high employment.

But risks remain, despite the improvement in global prospects. Hence it is vital to press ahead with the necessary reforms. We must also be prepared for the possible threats posed by the Y2K problem. The IMF has made preparations to offer temporary financial help to member countries encountering difficulties from the Y2K



problem. However, it will be the foremost responsibility of all countries to prepare thoroughly and convincingly for the date change.

The positive results of the past few months should not distract us from further resolute action to reform the international financial architecture. Much has already been achieved in the course of the past months:

- The IMF and the World Bank have enhanced the transparency of their operations, providing the financial markets with an improved basis for decision-making.
- The new Financial Stability Forum will bring together the international supervisory bodies and the Bretton Woods institutions and create the opportunity to improve early identification of crises and strengthen global cooperation.
- Initial progress has also been made on involving the private sector in crisis prevention and resolution. Given the potential for a variety of situations on the part of debtors and creditors, it is reasonable to assume that the precise modalities for the involvement of the private sector can only be determined on a case-by-case basis. What is important, however, from the German perspective is that the financing role of the official sector will be determined a priori in a way that precludes a „bail-out“ of private creditors.

The IMF and the World Bank have done excellent work in reforming the international financial architecture. I expressly welcome the contribution by Michel Camdessus and Jim Wolfensohn and the work by the staffs of both institutions. But much remains to be done.

People in economically less-developed countries must also be enabled to benefit from the opportunities for lasting growth, innovation, and socially equitable, ecologically acceptable development provided by globalisation. We must all work together to create the conditions for this.

In view of the continuing vulnerability of many highly indebted poor countries to exogenous shocks, Germany and other major industrial countries have proposed to enhance the HIPC initiative which was put into effect in 1996. The initiative of the Cologne Summit has been brought to a successful conclusion during this Annual Meeting.

The enhanced Debt Initiative presents major financial challenges to bilateral and multilateral donors. Many industrial economies are in a process of budget consolidation calling for cut-backs by the population as well.

Yet, Germany will contribute to the World Bank Trust Fund and will cancel substantial amounts of bilateral debt. Within the IMF, Germany will make an

- 3 -

appropriate contribution to financing the ESAF enhancement and the IMF contribution to the HIPC Initiative.

Other multilateral donors must now step up their efforts to secure financing for the HIPC Initiative as well. We must especially endeavour to ensure that efficient and broadest possible use is made of the institutions' own resources.

However, debtor countries' enhanced scope for policy action offered by debt relief will prove only beneficial to them if they pursue sound economic policies and avoid unproductive expenditures to a higher extent than in the past.

The funds released through debt relief must - in the context of a comprehensive poverty reduction strategy - be targeted at social improvement. Promoting health care and education, for example, is a crucial requirement to ensure lasting economic development and hence economic and political stability.

What is important is that the IMF and the World Bank participate in these tasks within the confines of their respective mandates. Poverty reduction strategies are the task of the countries concerned and the World Bank. The World Bank should concentrate on social and structural issues. The IMF should restrict itself to the macroeconomic issues.

Economic growth cannot achieve sustained development and overcome poverty unless it wears a human face. In the same vein, the efforts of the IMF and the World Bank as well as the bilateral and other multilateral donors will fail unless they are backed up by vigorous efforts on the part of the developing countries themselves. This would foster the creation of a political and economic environment within the country which motivates individuals and allows them to put their capabilities to productive use. In this context, encouraging transparency and good governance is indispensable in securing the effective deployment of bilateral and multilateral assistance.

The importance of „good governance“ is demonstrated not least by the problems of money laundering and corruption. In any case, recipient countries must always take all necessary actions to avoid a misuse of funds.

The IMF and the World Bank must stick to their respective mandates, but close cooperation between the two institutions, based on mutual trust, is vital. It is also vital for both institutions to retain their role as the central fora of international cooperation. Ensuring this is the task to which we are all committed.